



3. Dringliche Interpellation Hans Baumann (SP/Grüne) und 13 Mitunterzeichnende "Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge" / Beantwortung GR Geschäft Nr. 74/2015

Stellungnahme

Hans Baumann (SP/Grüne)

„In unserer Interpellation hatten wir den Stadtrat vor dreieinhalb Monaten angefragt, ob er angesichts der prekären Situation bereit sei, ein zusätzliches Kontingent an Flüchtlingen aufzunehmen. Die Antwort erinnert mich ein wenig an die Geschichte von Katja Früh im letzten Magazin des Tages-Anzeigers. Ihr Grossonkel war Jude, der mit seiner Familie 1938 nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland von Wien nach Zagreb flüchtete. Als in Zagreb 1939 die Ustascha-Faschisten die Macht übernahmen, musste die Familie wieder fliehen, um dem Transport ins KZ zu entgehen. In höchster Not schrieb der Grossonkel seiner Schwester in Zürich ein Telegramm: „Wir müssen sofort hier weg, kommen am Montag bei euch an“. Die Schwester telegraphierte zurück: „Nicht am Montag, da haben wir immer grosse Wäsche. Und genug Platz im Haus haben wir auch nicht.“

Im Gegensatz zu vielen anderen ist diese Geschichte übrigens gut ausgegangen. Die Familie kam irgendwie über London nach Amerika. Leider sind heute die Reaktionen in der Schweiz oft gleich. Wir sagen nicht wie Angela Merkel in Deutschland zunächst einmal „wir schaffen das“, sondern finden Ausreden, warum wir bereits jetzt völlig überfordert sind. Die „Situation ist anspruchsvoll genug“ schreibt der Stadtrat auf unsere Interpellation. Und „die Unterbringungssituation präsentiert sich als angespannt“. Tatsächlich wurde unsere Interpellation sozusagen von der Entwicklung überholt, da der Kanton inzwischen die Zuweisungsquoten an die Gemeinden erhöht hat und Dübendorf 53 zusätzliche Asylsuchende aufnehmen musste. Auf die Ankündigung des Kantons hin hat der Stadtrat übrigens sachlich und unbürokratisch reagiert und die Unterbringung der zusätzlichen Flüchtlinge ohne Wenn und Aber organisiert. Da möchte ich dem Stadtrat ein Kränzli winden. Einen Ausrutscher hat sich nur Stadtrat Spillmann erlaubt, der gegenüber der Presse verlauten liess „der Stadtrat sei völlig überrascht worden und die Ankündigung sei viel zu kurzfristig erfolgt“. Nicht nur unsere Interpellation lag da schon vor, auch die oberflächliche Lektüre der Zeitungen im Verlaufe dieses Jahres hätte doch wohl genügt, um sich klar zu werden, dass da auch einiges auf die Schweiz bzw. den Kanton und unsere Stadt zukommt. Also Kurt Spillmann: Nicht überrascht sein, wenn im Verlaufe dieses Jahres das Kontingent nochmals um 0.1 oder 0.2 % erhöht wird. Sondern sich bitte jetzt schon Gedanken machen, wie Dübendorf die „Unterbringungssituation“ verbessern kann. Wir finden die provisorische Unterbringung in der Zivilschutzanlage Chreis übrigens kein Problem, sofern das wirklich eine kurzfristige Notfallmassnahme ist. Der Stadtrat verspricht in seiner Medienmitteilung, baldmöglichst eine bessere Lösung zu finden. Wir hoffen, dass das bald geschieht.“



Stellungnahme Stadtrat Kurt Spillmann (SVP)

„Die Antworten des Stadtrates sind eigentlich klar und unmissverständlich. Ich mache jedoch doch noch ein paar Bemerkungen zum Votum von Hans Baumann. Ich kann Ihnen sagen, Herr Baumann, dass die momentane Situation wirklich anspruchsvoll genug ist. Dübendorf hat sich in der Vergangenheit immer daran gehalten und das Kontingent stets erfüllt, wie das auch heute der Fall ist. Wir haben die 53 zusätzlichen Flüchtlinge in Dübendorf aufgenommen. Aber ich muss Ihnen sagen, dass es nicht ganz einfach ist, wenn der Regierungsrat sechs Wochen vor dem 1. Januar 2016 schreibt, dass am 4. Januar 2016 53 neue Flüchtlinge nach Dübendorf kommen und untergebracht werden müssen. Wir haben ständig zuoberst auf der Traktandenliste, dass wir Wohnraum für zukünftige und bestehende Asylsuchende anbieten können. Dies ist aber nicht einfach, da 53 Personen für Dübendorf auch nicht so wenig sind. Die Lage ist also angespannt. Was der Regierungsrat sicher gelernt hat, ist, dass die nächste Ankündigung um einiges früher an die Gemeinden erfolgen muss, da diese das sonst nicht mehr bewältigen können. Ich möchte aber doch noch wohlwollend zur Kenntnis nehmen, dass der Stadtrat nicht alles falsch gemacht hat und somit danke ich Ihnen, Herr Baumann, bestens für Ihr Votum.“

Allgemeine Diskussion

Orlando Wyss (SVP)

„Um es gleich vorwegzunehmen: Wir von der SVP sind mit der Antwort des Stadtrates auf die dringliche Interpellation von Hans Baumann zufrieden. Hans Baumann hat insofern Recht, wenn er behauptet, dass eine grosse Zahl von Menschen unterwegs ist, um nach Mittel- und Nordeuropa zu gelangen. Ob es 60 Millionen sind, weiss ich nicht. Was ich aber weiss, ist, dass es sich bei diesen in unsere Gefilde strömenden Menschen bei den meisten nicht um Flüchtlinge, sondern um Migranten handelt. In unserem Land sind Leute aus Eritrea die grösste Gruppe der sogenannten Flüchtlinge. Dies nur, weil unser linksdominiertes Bundesverwaltungsgericht in einem unsäglichem Urteil Militärdienstverweigerung als Asylgrund anerkannt hat. Dies hat uns zum Magneten der Schlepperbanden für eritreische Kunden gemacht. Die Allermeisten sind in der Sozialhilfe und bleiben auch für immer da. Durch Familiennachzug vergrössert sich diese Gruppe immer mehr und viele Sozialhilfegelder werden mit speziellen Dienstleistern von den sogenannten Flüchtlingen zur Unterstützung ihrer Verwandten nach Eritrea überwiesen. Die EU hat in der Migrationsfrage total versagt. Der Gutmensch Angela Merkel verstieg sich zu der unverantwortlichen Aussage, dass alle nach Europa kommen können, welche kommen wollen. Und dann behauptete sie noch, wir schaffen das. Die Folgen waren katastrophal und werden für Deutschland in den nächsten Jahren verheerend sein. Es zeigte aber auch Tatsachen auf, welche für uns von der SVP immer bekannt waren, aber von EU-Träumern endlich zur Kenntnis genommen werden müssen. Die EU ist eine intellektuelle Fehlkonstruktion, welche nicht funktionieren kann. In der Wirtschafts- und Migrationspolitik hat sie letztes Jahr ihr Versagen krass aufgezeigt. Schengen ist gescheitert und Dublin hat noch nie funktioniert. Die Schweiz ist das einzige Land, welches Schengen noch anwendet. Unser Bundesrat hat mit falschen Angaben die entsprechenden Volkabstimmungen beeinflusst und das Stimmvolk angelogen. Die gegenteiligen Argumente der SVP zu den damaligen Abstimmungen haben sich alle als richtig erwiesen. Nun fordern überforderte EU-Politiker von links bis rechts Obergrenzen für Flüchtlinge. Meine Damen und Herren, hier sehen wir wie weit es diese unfähigen Berufspolitiker gebracht haben. Für die SVP ist es klar; Obergrenzen für an Leib und Leben Gefährdete, also echte Flüchtlinge, darf es nicht geben. In der Schweiz haben wir eine humanitäre Tradition, welche trotz des Versagens der EU-Bürokraten nicht aufgegeben werden darf. Aber wir müssen diejenigen Wirtschaftsmigranten, welche unter dem Deckmantel des Asyls bei uns ein besseres Leben erhoffen, konsequent die Einreise verweigern. Wir können nicht unsere Wohnbevölkerung jedes Jahr um 130'000 Ausländer vergrössern. Und hier unterstützen wir den Stadtrat von Dübendorf. In unserer Stadt machen wir genug im Flüchtlingswesen. Unsere Exekutive soll sich mit anderen Gemeinden zusammen tun und beim Regierungsrat Druck ausüben, dass dieser in Bern vorstellig wird, um unsere Aussengrenzen besser zu schützen. Wenn Hans Baumann in der Frage 3 Koordinationsmassnahmen anspricht, so meint er höchstwahrscheinlich finanzielle Mittel,



welche der Sozial- und Asylindustrie zukommen sollen. Denn bei unseren Gutmenschen soll sich die Hilfsbereitschaft nie aufs eigene Portemonnaie auswirken, sondern vom Steuerzahler finanziert werden. Wir sind der Meinung, dass wir nicht die gleichen Fehler wie die deutsche Bundeskanzlerin machen und mit einer Willkommenskultur falsche Flüchtlinge in unser Land locken sollten. Darum unterstützen wir die Haltung des Dübendorfer Stadtrates in dieser Frage.“

Flavia Sutter (SP/Grüne)

„Die Interpellation haben wir im Oktober 2015 eingereicht. Unterdessen ist einiges passiert in Bezug auf die Flüchtlinge in Dübendorf. Tatsächlich gibt es jetzt eine Gruppe, die eine Koordinationsfunktion, wie in der Interpellation gefordert, übernimmt. Die Stadt hatte aber bis jetzt nichts damit zu tun, die Initiative ging von der Reformierten Kirche aus und stiess bei vielen Privatpersonen auf Interesse. Auch die Katholische Kirche und die WBK sind beteiligt. Sie nennt sich „Interessengruppe Flüchtlingsarbeit Dübendorf“. Es ist eine offene Gruppe für diejenigen, denen es nicht egal ist, welches Leben die Flüchtlinge in Dübendorf führen. Beim ersten Treffen konnten wir schon viele Ideen sammeln. Ideen, die dazu beitragen könnten, das Zusammenleben der verschiedenen Kulturen gut zu gestalten. Bereits hat ein Treffpunkt für Flüchtlinge seine Tore geöffnet, das Café Welcome. Es findet einmal pro Woche statt. Dort helfen Leute mit, die in den Flüchtlingen in erster Linie Menschen sehen, die vielleicht froh sind um unsere Hilfe und Unterstützung. Ich finde es super, dass so viele Leute sich engagieren und ohne Angst und Vorbehalte auf die Flüchtlinge zugehen. Ich bin überzeugt, dass dieses Engagement für die Stadt Dübendorf Gold wert ist. Und darum möchte ich mich doch nochmals an den Stadtrat wenden, mit der Bitte, das Bürger-Engagement zu unterstützen und zu fördern. Eine Koordinationsstelle gibt es schon, aber sicher gibt es für die Stadt noch andere Möglichkeiten, sich einzubringen.“

Stefanie Huber (glp/GEU)

„In Dübendorf geniessen wir einen sehr gemütlichen und wohlhabenden Blick auf das Migrationsgeschehen rund um die Schweiz. Es fehlt vielen von uns sogar jegliche Berührung im Alltag mit dem so oft zitierten „Asylchaos“. Ja, wir beherbergen 180 Flüchtlinge in Dübendorf, 0.7 % der Bevölkerung. Aber Hand aufs Herz, wer hat davon schon im Alltag etwas gespürt? Es ist eher anmassend, von dieser Warte aus über die Länder der Migranten zu urteilen und ihre Flüchtlingsgründe von vornherein in Frage stellen zu wollen. Nun zu einigen Punkten, die in der Interpellationsantwort angesprochen werden, der Unterbringung sowie der Betreuung und Koordination:

Zuerst zur Unterbringung in der Zivilschutzanlage: Eine Lösung auf Dauer kann es nicht sein, aber es ist ein Dach über dem Kopf mit den nötigen Infrastrukturen. Hätte die Stadt Dübendorf sich bereits früher mit dem Thema befasst und nicht bis zur definitiven Zuteilung des Kantons gewartet, hätten vielleicht bessere Lösungen gefunden werden können. Es ist im ersten Monat mit der Belegung in der Zivilschutzanlage wie in vorangegangenen Monaten zu keinen Zwischenfällen in Dübendorf gekommen. Wenn schon kein mehr als minimales Engagement von Seiten der Stadt, dann wäre doch immerhin ein Mitdenken und Vorausschauen wünschenswert und für die Zukunft aufzugleisen. Wir lassen uns aber gerne vom Stadtrat eines Besseren belehren, wenn er hier trotz Planung und Verfolgen der Situation vom Kanton überrumpelt wurde.

Zur Betreuung und Koordination: Die Stadt Dübendorf hat die Betreuung, wie auch viele andere Gemeinden, an die ORS Service AG ausgelagert. Die Stadt Dübendorf – das zumindest mein Kenntnisstand – hat die ORS Service AG mit dem Minimum der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben betreut. Anscheinend ist die ORS immerhin bereit, Unterstützung von privaten Organisationen weiterzuleiten. So kann nicht nur gut gemeinte, sondern auch tatsächlich benötigte und sinnvolle Hilfe geleistet werden. Glücklicherweise gibt es in Dübendorf die Kirchen sowie Vereine und freiwillige Einzelpersonen, welche ergänzende Angebote bereitstellen und nach Bedarf Unterstützung leisten. Ihnen sei an dieser Stelle ein herzlicher Dank ausgesprochen! Wer als Einzelperson aktiv werden möchte, bisher aber nicht wusste wie, kann sich jetzt an die IG Flüchtlingsarbeit wenden, erreichbar unter info@wbk.ch. Auch wenn die WBK nicht der Stadtrat oder die Stadtverwaltung ist – immerhin ist hier



eine Stiftung der Stadt Dübendorf und der Oberstufe mit involviert. Mir ist bewusst, dass der Stadtrat sich von einigen lautstarken Institutionen hier in Dübendorf einen Tadel eingefangen hätte, wenn er sich in der Interpellationsantwort mutiger und engagierter gezeigt hätte. Ein paar konkrete Handlungsmöglichkeiten oder Bedürfnisse aufgrund Rückmeldungen der ORS hätten dem Stadtrat aber gut angestanden, ebenso ein direktes Angebot für Koordination oder Information. Es bleibt wohl an den Privaten, hier in Dübendorf mehr als das Nötigste anzubieten und sich selbst zu koordinieren.“

Stadtrat Kurt Spillmann (SVP)

„Zweimal ist jetzt der Name der Koordinationsstelle ORS gefallen. Hier möchte ich noch etwas richtigstellen. Wir haben eine Koordinationsstelle. Der operative Betreiber, die ORS, ist unsere Ansprechperson. Wenn Sie von „minimalem Auftrag“ sprechen, muss ich Sie darauf hinweisen, dass Dübendorf eine der wenigen Gemeinden ist, in welcher sämtliche jetzt ankommenden Asylsuchende die Möglichkeit haben, sofort freiwillig einen Deutschkurs sowie ein Beschäftigungsprogramm zu besuchen. Organisiert wird dies durch die ORS und bezahlt durch die Stadt Dübendorf. Sie finden nicht viele Gemeinden im Kanton Zürich, die das so handhaben. Somit sollten Aussagen, wie dass die Stadt Dübendorf nur das Minimum anbiete, mit Vorsicht ausgesprochen werden. Jeder der sich in Dübendorf beteiligen möchte, hat auch die Gelegenheit dazu. Wir schätzen die Mitarbeit der Kirchen und der WBK, aber wir können nicht verschiedene Ansprechpartner haben. Unser Ansprechpartner ist der operative Leiter, welcher den Auftrag von uns hat und zuständig für diesen Bereich ist. Selbstverständlich nimmt dieser sämtliche Hilfsangebote entgegen.“

Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.

Die Richtigkeit bescheinigt

Beatrix Peterhans
Gemeinderatssekretärin